

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Rahmenlehrplan Deutsche Gebärdensprache erstellen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Rahmenlehrplan zur Deutschen Gebärdensprache im Wahlpflichtunterricht zu erstellen.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Bei einer gemeinsamen Anhörung des Bildungs- und des Sozialausschusses wurde deutlich, dass die mangelnde Verbreitung der deutschen Gebärdensprache im Unterricht auch für nicht Hörgeschädigte als eines der gravierenden Hemmnisse zur Erleichterung der Kommunikation durch und mit Gehörlosen und schwer Hörgeschädigten angesehen wird. Obwohl im Rahmen der Verwaltungsvorschrift „Errichtung und Betrieb von vollen Halbtagschulen und Ganztagschulen in Mecklenburg-Vorpommern“ vom 14. April 2014, ersetzt durch die Verwaltungsvorschrift „Ganztägiges Lernen an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern“ vom 28. März 2018, die Möglichkeit eröffnet wird, an allgemeinbildenden Schulen die Deutsche Gebärdensprache im Wahlpflichtfach anzubieten, wird davon nur sehr selten Gebrauch gemacht. Eine der hierfür genannten Ursachen ist ein fehlender Rahmenlehrplan, an dem sich anbietungswillige und die Deutsche Gebärdensprache beherrschende Lehrkräfte über die erforderlichen Lehrinhalte orientieren können. Diesem Missstand soll der vorliegende Antrag entgegenwirken.